

**Ergebnisprotokoll
über die Sondersitzung des Akademischen Senats am 24. April 2006 (VI/30) von
19.00 Uhr bis 20.30 Uhr im Konzilzimmer**

Vorsitz: Prof. Dr. Edda Siegl, MNF

Anwesende stimmberechtigte Mitglieder:

Prof. Dr. Wolfgang Bernard, PHF	
Prof. Dr. Dr. Wolfgang D. Gruner, PHF	i. V. von Prof. Dr. Wolfgang Nieke, PHF
Prof. Dr. Michael Hembus, AUF	
Prof. Dr. Bernhard Lampe, IEF	
Prof. Dr. Dr. Theodor Nebl, WSF	
Prof. Dr. Dieter Neßelmann, MNF	
Prof. Dr. Mathias Paschen, MSF	
Prof. Dr. Reinhard Schmidt, MEF	i. V. von Prof. Dr. Rudolf Guthoff, MEF
Prof. Dr. Peter Schuff-Werner, MEF	
Prof. Dr. Hans Joachim Schütz, JUF	
Dr. Barbara Amling, SZ	
Dr. Andreas Crusius, MEF	
Dr. Cornelia Mannewitz, PHF	
Dr. Viola von Oeynhausen, MNF	
stud. Ludmila Lutz, WSF	
stud. Daniel Münzner, MNF	
stud. Maik Walm, PHF	
Dr. Christa Radloff, RZ	

Anwesende beratende Mitglieder:

Prof. Dr. Hans Jürgen Wendel	Rektor
Prof. Dr. Detlef Czybulka	Prorektor
Joachim Wittern	Kanzler
Prof. Dr. Wolfgang Riedel	Dekan AUF
Prof. Dr. Ursula van Rienen	Dekanin IEF
Prof. Dr. Alfred Leder	Dekan MSF
Prof. Dr. Ralph Weber	Dekan JUF
Prof. Dr. Udo Kragl	Dekan MNF
Prof. Dr. Gabriele Nöldge-Schomburg	Dekanin MEF
Prof. Dr. Werner Müller	Dekan PHF
Prof. Dr. Hermann Michael Niemann	Dekan THF
Prof. Dr. Jakob Rösel	Dekan WSF
Prof. Dr. Wolfgang Schareck	Präsident des Konzils
Prof. Dr. Gottfried Benad	Ehrensensator

Prof. Dr. Gerhard Maeß
Prof. Dr. Horst Pätzold
Katrin Buchholz
Prof. Dr. Helga Joswig
Christian Berntsen
Dr. Sybille Bachmann

Ehrensensator
Ehrensensator
Gleichstellungsbeauftragte
Behindertenbeauftragte
StuRa-Präsident
Personalrat

Thema der Sondersitzung:

Sachstand der Verhandlungen zur Zielvereinbarung zwischen der Universität Rostock und dem Bildungsministerium

Den Mitgliedern des Senats war der Entwurf der Zielvereinbarung (Stand: 19. April 2006) elektronisch geschickt worden.

In ihren einleitenden Bemerkungen wies die Senatsvorsitzende auf eine ganzseitige Zeitungsannonce der Juristischen Fakultät zum Erhalt ihrer Fakultät in der aktuellen Presse hin. Anschließend zitierte sie die aktuelle Pressemitteilung des Bildungsministeriums vom 21. April 2006 zur feierlichen Unterzeichnung der Zielvereinbarungen. Alle Hochschulen des Landes bis auf die Universität Rostock haben ihre Verhandlungen abgeschlossen. Die Verhandlungen mit Rostock sind noch offen. Die Frist für den Abschluss der Zielvereinbarung läuft am 30. April 2006 ab. Wenn dann keine Vereinbarung zu Stande gekommen ist, sieht das Hochschulrecht einseitige Vorgaben des Landes vor.

Der Rektor berichtete, dass zum Anfang der Verhandlungen die strittigen Punkte - die Staatsexamensstudiengänge Rechtswissenschaften und Zahnmedizin - ausgeklammert worden sind. Den vorliegenden Entwurf der Zielvereinbarung bezeichnete der Rektor als Kompromisspaket. In den Abschlussverhandlungen am 20. April 2006 wurde zunächst innerhalb von vier Stunden der Vertragsentwurf seitenweise durchgesprochen. Im Anschluss fand ein eineinhalbstündiges Vier-Augen-Gespräch zwischen dem Rektor und dem Bildungsminister statt. Eine Einigung über die strittigen Punkte konnte nicht erzielt werden.

Am Tag vor den vermeintlichen Abschlussverhandlungen hatten die Universitätsleitung, die Dekane sowie die Vorsitzenden von Senat und Konzil einem Kompromissvorschlag einstimmig zugestimmt. Dieser Kompromissvorschlag sah u. a. vor, die Juristen und die Betriebswirtschaftler institutionell zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in eine gemeinsame Fakultät zu überführen.

Weiterhin informierte der Rektor, dass inzwischen ein neuer Vertragsentwurf vom Bildungsministerium vorgelegt worden ist. Darin sind die auf den Seiten 1, 3 und 16 markierten Textpassagen (von der Universitätsleitung formuliert) zu den Rechtswissenschaften gestrichen worden, die Aussagen zur Zahnmedizin auf Seite 5 sind aus dem Vertrag ausgeklammert worden und auf Seite 17 unter dem Punkt 9 wurde ein Stellenpool von 15 Stellen für die Lehrerbildung festgeschrieben. Weiterhin wurden redaktionelle Anpassungen vorgenommen und Fristen geändert.

Im Anschluss an die Ausführungen des Rektors fand eine rege Aussprache im Senat statt. Die Fragen, wie es nach dem Scheitern der Verhandlungen zu den Zielvereinbarungen weiter geht, und wie die Zukunft der Studiengänge Rechtswissenschaften, Zahnmedizin und Masterstudiengang Betriebswirtschaftslehre aussieht, standen im Mittelpunkt der Diskussion.

Auf Nachfrage erklärte der Rektor, dass alle Aussagen zum weiteren Verfahren bezüglich der Zielvorgaben spekulativen Charakter tragen, da es bisher keinen vergleichbaren Präzedenzfall gab. Er verwies diesbezüglich auf die Aussagen des Bildungsministers in der Pressemitteilung vom 21. April 2006, wonach im Falle von Zielvorgaben alle bisherigen Zusagen des Landes aufgehoben sind und an ihre Stelle einseitige Strukturvorgaben des Landes treten würden.

Mehrere Senatsmitglieder sprachen sich für den Erhalt der Staatsexamensstudiengänge Rechtswissenschaften und Zahnmedizin und deren Verankerung im Vertragsentwurf aus.

Über den Antrag der Senatorin Dr. von Oeynhausen und des stud. Senators Walm, auf Seite 3 des Entwurfs das Wort „möglichst“ im Zusammenhang mit der Masterausbildung in den Studienrichtungen Wirtschaftswissenschaften ersatzlos zu streichen, fand eine intensive Diskussion statt. Prof. Dr. Rösel, Dekan der WSF, erklärte, dass er seine Zustimmung zum vorliegenden Vertragsentwurf in der o. g. Beratung beim Rektor an entsprechende Bedingungen geknüpft hatte. Zu diesen Bedingungen gehörte insbesondere, dass die Masterfähigkeit in den Wirtschaftswissenschaften erhalten bleibt und dass für die von der Universitätsleitung vorgeschlagene organisatorische Zusammenführung der Juristen und Wirtschaftswissenschaftler die Zustimmung der jeweiligen Fakultätsräte eingeholt werden muss.

Der Rektor schlug im Ergebnis der Aussprache als Kompromissvorschlag vor, von einzelnen Abstimmungen über Detailfragen des Vertragstextes im Senat abzusehen und bezüglich der Masterausbildung in den Studienrichtungen Wirtschaftswissenschaften folgende Erklärung des Rektors in das Senatsprotokoll aufzunehmen:

Im Fach Betriebswirtschaftslehre soll eine Masterausbildung (betriebswirtschaftliche Orientierung – Dienstleistungsmanagement) ermöglicht werden, sofern andere Studiengänge dadurch nicht gefährdet werden.

Der Senat stimmte mehrheitlich dem Kompromissvorschlag des Rektors zu.

Beschlusnummer:	VI/138
Abstimmungsergebnis:	18/1/0

Anschließend stimmte der Senat einstimmig dem vorliegenden Entwurf der Zielvereinbarung (Stand: 19. April 2006) zu.

Beschlusnummer:	VI/139
Abstimmungsergebnis:	19/0/0

Nachdem die Vorsitzende des Senats die Sitzung beendet hatte und bereits einige Senatsmitglieder den Sitzungsraum verlassen hatten, wurden die Mitglieder des Senats noch einmal zurückgerufen. Prof. Dr. Kragl, Dekan der MNF, verlas die von der

Vorsitzenden vorbereitete Stellungnahme des Senats zum Scheitern der Verhandlungen über die Zielvereinbarungen zwischen der Universität und der Landesregierung. Die noch anwesenden Senatsmitglieder bekundeten per Zuruf ihre Zustimmung zum Entwurf der Stellungnahme. Lediglich zum letzten Absatz wurden Änderungswünsche artikuliert. Die Vorsitzende des Senats kündigte an, den letzten Absatz entsprechend zu überarbeiten und die überarbeitete Stellungnahme allen Senatsmitgliedern per E-Mail zu übersenden.

bestätigt:

Protokoll:

Prof. Dr. Edda Siegl
Vorsitzende des Senats

Isabella Gatzke
Referat 1.2